

Parteien in jungen Demokratien:

Die Entwicklung in Kenia ein halbes Jahr vor den Wahlen Ende 2007

Ende des Jahres 2007, voraussichtlich zwischen Weihnacht und Neujahr, sollen die nächsten Wahlen in Kenia stattfinden. Es sind gleichzeitig Präsidentschafts- und Parlamentswahlen. Seit der Wiedereinführung des Mehrparteiensystems Ende 1991 werden die Bürger zum vierten Mal an die Urnen gebeten, aber es ist das erste Mal, dass der Ausgang nicht schon vorher festliegt. Nicht nur was die Präsidentschaft betrifft, auch die künftige Zusammensetzung des Parlaments ist noch mit vielen Fragezeichen versehen.

Gegenüber einigen Staaten in Afrika südlich der Sahara, in denen die politischen Strukturen durch eine dominierende Partei mit schwacher Opposition geprägt sind, zeichnet sich Kenia zur Zeit durch eine offene Parteienstruktur aus, in der zwei etwa gleich starke Kräfte im politischen Wettbewerb miteinander stehen.

Versucht man sich ein aktuelles Bild aus den Medien zu machen, sieht es aus, als gäbe es nur ein Rennen zwischen zwei Parteien: Der „**National Alliance of Rainbow Coalition-Kenya**“, verkürzt: **NARC-K**, die die Politik der Regierung vertritt und sich für die Wiederwahl Präsident Kibakis einsetzt, und dem Gegenspieler, dem „**Orange Democratic Mouvement – Kenya**“ – **ODM-K**.

Dieser Eindruck verdeckt allerdings die tatsächliche und rechtliche Situation: Offizielle Regierungspartei ist immer noch **NARC** – ohne den Zusatz „Kenya“. Sie hat Ende 2002 Mwai Kibaki die Wahl zum Präsidenten ermöglicht, ist aber im Grunde keine Partei sondern eine Koalition aus 15 einzelnen Parteien. NARC war bereits vor dem Referendum über eine neue Verfassung Ende 2005 in sich gespalten und hat danach einen so erheblichen Aderlass erfahren, dass sie im Grunde aus nicht viel mehr als der Vorsitzenden Charity Ngilu und einigen Abgeordneten besteht.

Und offizielle Oppositionspartei ist die ehemalige Staatspartei **KANU** – die Kenya Africa National Union, die selbst wiederum einen erheblichen Anteil an ODM-K verloren hat.

Die Entwicklung, die zur Gründung von NARC-Kenya wie zu ihrem Gegenspieler ODM-Kenya geführt hat, spielt eine Schlüsselrolle zum Verständnis der gegenwärtigen Parteienlandschaft und Politik in Kenia und soll im Folgenden etwas ausführlicher dargelegt werden.

Ein kurzer Rückblick

Wie viele andere Staaten in Afrika war auch Kenia bis zu Beginn der 90-er Jahre ein Ein-Parteien-Staat. – Unter dem Druck der Zivilgesellschaft, der Kirchen und dem Anwaltsverein, mehr aber noch der Internationalen Gebergemeinschaft sah sich Präsident Daniel arap Moi Ende 1991 gezwungen, den Artikel 2 a aus der Verfassung zu streichen. Er wurde 1982 erst eingefügt und hatte damals den Einparteien-Staat de jure besiegelt, der indes de facto schon zu Kenyattas Zeiten bestand. Die Streichung von Artikel 2 a öffnete den Weg zu freien und fairen Wahlen

in Kenia – und zur Entstehung neuer politischer Parteien außerhalb der bisherigen Staatspartei KANU.

Im Dezember 1992 fanden dann die ersten freien, allerdings kaum fairen Wahlen seit 1964 statt. Mit dem Ergebnis, dass die diktatorische Macht Präsident Moi nun demokratisch legitimiert wurde. Er erreichte zwar nur 36% der Wählerstimmen, doch lag er damit deutlich vor seinen drei wichtigsten Herausforderern Kenneth Matiba, Mwai Kibaki und Oginga Odinga, die zwischen 19 und 22 % der Stimmen lagen. Die zur Wahl angetretenen drei großen Oppositionsparteien – FORD-K, FORD-A und DP – waren weder in der Lage oder noch gewillt, sich abzusprechen und zu einigen.

Die Voraussetzungen für diesen „Erfolg“ hatte Moi durch entsprechende Gesetze im Parlament und im Wahlgesetz selbst geschaffen:

- Direktes Wahlsystem: Nur der Kandidat mit den meisten Stimmen erhält den Sitz im Parlament für seinen Wahlkreis
- Für die damalige Regierungspartei KANU günstiger Zuschnitt der Wahlkreise. So reichten 1992 KANU 31 % der Stimmen, um 52 % der Sitze im ersten frei gewählten Parlament zu erringen.
- Verbot der Bildung von Koalitionen. Trotz Mehrheit der Stimmen konnte die Opposition keine Regierung bilden, solange keine einzelne Partei und ihr Präsidentschaftskandidat die einfache Mehrheit der Stimmen auf sich vereint.
- Keine 50%-Hürde für den Präsidentschaftskandidaten. Die einfache Mehrheit reichte, es gab – und gibt bis heute - keine Stichwahl zwischen den beiden Erstplatzierten
- Wahlwerbung in den Öffentlichen Medien – und damals gab es weder privaten Rundfunk noch privates Fernsehen – war nur für die Regierungspartei KANU erlaubt

Was nicht auf Mo's „Konto“ geht: Der dominierende Einfluss der Ethnizität in Kenia bei der Bildung von Parteien wie im Wahlverhalten. Jedes größere Volk will seinen eigenen Kandidaten, die Verbreitung politischer Parteien auf nationaler Ebene ist daher auch von dieser Seite her so gut wie unmöglich.

Festzuhalten ist indes schon, dass sich in den Jahren nach 1992 die politische Kultur änderte, die Meinungs- und Pressefreiheit erweiterte sich, wenn auch nicht freiwillig von oben, sondern nur durch Zivilcourage Einzelner und Demonstrationen von unten. Dabei spielten nicht nur die Oppositionsparteien eine wichtige Rolle, mehr noch war es, wie schon vor 1991, die Zivilgesellschaft, Kirchen, Anwaltsvereine und nicht zuletzt die Presse, die an den Errungenschaften des Mehrparteiensystems festhielten. Und trotz weiter aufrecht erhaltener Repressionen zeigte das kenianische Volk, dass es sich die neuen Freiheiten wie die Hoffnung auf wirtschaftliche Besserung nicht mehr nehmen lassen wollte. Das führte nach einigen heftigen Demonstrationen im Jahr 1997 vor den nächsten Wahlen zu einer „minimalen Verfassungsreform“ – von Teilen der Opposition als fauler Kompromiss abgelehnt, aber ein paar Verbesserungen brachte sie doch:

- Änderung des Versammlungsrechtes, einem Gesetz aus der Kolonialzeit (bis dahin ein wichtiges Instrument der politischen Kontrolle, dem auch Veranstaltungen der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Opfer fielen)
- Zulassung der Wahlwerbung in den Öffentlichen Medien auch für Parteien der Opposition. Bis dahin konnte nur KANU in Rundfunk und Fernsehen um die Gunst der Wähler werben

- Außerdem wurde zumindest ein Ansatz zum Verhältniswahlrecht gefunden: Die zwölf Abgeordneten, die der Präsident bislang alleine ernennen durfte – meist seine Günstlinge – sollten nun entsprechend dem Stimmenanteil der Parteien verteilt werden.

Im Grunde wiederholte sich Ende 1997 das Ergebnis von 1992, da auch davor alle Versuche der Opposition scheiterten, sich zusammen zu schließen. Es gab aber doch eine bemerkenswerte Änderung: Waren 1992 die drei Gegenkandidaten Mois mit mehr oder weniger 20% ins Ziel gekommen, wurde 1997 der Kandidat der *Democratic Party*, Mwai Kibaki, mit rund 30% der Stimmen eindeutig zweiter und damit offizieller Führer der Opposition.

Politische Parteien in Kenya – von der Gründung zur Spaltung und Regionalisierung

An dieser Stelle lohnt es sich, einen Blick auf die Entwicklung der Parteien in den ersten beiden demokratischen Legislaturperioden zu werfen. Angetreten waren 1992 neben der ehemaligen Staatspartei KANU drei Oppositionsparteien. Zunächst war es nur die von Oginga Odinga gegründete FORD: Das *Forum for the Restoration of Democracy*, eine zur Partei umgewandelte politische Oppositionsbewegung, die in den Jahren seit 1988 unbeirrbar die Demokratisierung des Landes eingefordert hatte. Parteiinterne Streitigkeiten, vor allem zwischen Odinga und Kenneth Matiba, einem Kikuyu, führten schließlich zur Spaltung und so entstanden im Oktober 1992 zwei Parteien: FORD-Kenya für die Odinga-Fraktion und FORD-Asili (die „Originale“) für die Fraktion unter Kenneth Matiba. Mit dieser Spaltung konnte zwar die zahlenmäßig bedeutenden Kikuyu besser erreicht werden, aber die Opposition war in ihren Fundamenten geschwächt. Dabei waren die Kikuyu selbst schon davor geteilt worden, denn ebenfalls früh im Jahr 1992 – noch vor der Spaltung von FORD - baute der ehemalige Vizepräsident, zuletzt aber in Ungnade gefallene Mwai Kibaki als Vorsitzender und Präsidentschaftskandidat die *Democratic Party – DP* – auf. Dies war der erste Versuch, neben der zahlenmäßig stärksten Volksgruppe, den Kikuyus, auch andere Ethnien als Wähler zu gewinnen. – KANU, die Regierungspartei, war schließlich durch die Gründung der neuen Parteien zum Wahlverein von Präsident Moi unter der Dominanz der Kalenjini im Rift Valley mutiert.

Schon in dieser Phase zeigte sich, dass die Spannungen zwischen Führungspersonlichkeiten die inhaltliche Diskussion in den Parteien überlagerte und die Ethnische Frage als Vehikel zur Durchsetzung von persönlichen Interessen instrumentalisiert wurde.

Nach den Wahlen 1992 sah es bis Ende 1995 danach aus, dass die drei großen Oppositionsparteien bereit schienen, sich zusammen zu schließen (z.B. Treffen im November 2005 in Nyeri, organisiert von der KAS). Mussten sie sich in diesen Jahren doch gegen etliche Angriffe aus der Moi-Administration wehren. Moi war nicht bereit, die Einführung eines Mehrparteiensystems hinzunehmen und setzte vielfältige Mittel wie Polizeieinsatz gegen Demonstrationen oder gegen die Presse ebenso ein wie den Kauf von Abgeordneten und die Anfechtung von Wahlergebnissen. - Ab Mitte 1996 begannen dann die wichtigsten Oppositionsparteien sich selbst aufzulösen, wobei anzunehmen ist, dass die Moi-Administration dabei kräftig nachgeholfen hat. Bei FORD-K, bis dahin eine Partei, in der fast allen Ethnien Kenias vertreten waren, wurden Neuwahlen des Vorsitzenden erforderlich. Zur Wahl stellten sich Raila Odinga, ein Luo vom Viktoriasee und Sohn des im Februar 2004 verstorbenen Parteigründers, und der bisherige Vize Michael Wamalwa, ein Angehöriger der

benachbarten Luhya. Letzterer gewann, doch Raila wollte sich dem Urteil der Parteimitglieder nicht stellen. Er verließ FORD-K und übernahm eine bis dahin „schlafende“ Partei – die noch von seinem Vater gegründete „*National Development Party –NDP*“.

Auch die zweite wichtige Oppositionspartei, FORD-A, fing an, sich aufzulösen. Der Gründer und Vorsitzende von FORD-A, Kenneth Matiba, verwarf sich mit seinem Generalsekretär Martin Shikuku und bannte die Parteiführung aus den Büros, die schließlich sein Eigentum waren. FORD-A blieb zwar wie FORD-K erhalten, beide waren aber nur noch ein Schatten der zuvor durchaus einflussreichen Parteien. FORD-A verlor 1997 noch weitere Mitglieder, als sich die FORD-People von ihr abspaltete.

Bei FORD-K bewirkte der Ausstieg von Raila Odinga, dass diese Partei den größten Teil ihrer Wählerbasis verlor: Die am Viktoriasee beheimateten Luos. Und im Weiteren fingen auch weitere Abgeordnete von FORD-K an, sich nach anderen Parteien umzuschauen, ohne allerdings ihm folgen zu wollen. Übrig blieben im Wesentlichen nur noch die Luhyas in West-Kenia als Wahlvolk von FORD-K.

Parallel dazu begann die Gründungsphase vieler kleinerer Parteien, die meisten eher verdeckte Interessenverbände. Der bereits im Vorfeld der ersten Wahlen erkennbare Trend der „Regionalisierung“ oder „Tribalisierung“ der kenianischen Parteien hatte sich verstärkt und fortgesetzt. Lediglich Mwai Kibaki schaffte es trotz partei-interner Kritik hinsichtlich seines schwachen Führungsstils, die DP als Ganzes zu erhalten. Er konnte sogar vom Wechsel einiger Abgeordneten profitieren.

Die Zersplitterung der Parteien brachte dann 1997 auch das entsprechende Ergebnis. Die Anzahl der Parteien im Parlament hatte sich erhöht, die Anteile der jeweiligen Parteien aber verringert. Nur DP konnte ihre Position stärken - und dies war eine Voraussetzung dafür, dass sich in den folgenden Jahren die Chance bot, doch eine Koalition der Oppositionsparteien unter ihrer Führung zu formen.

Der Machtwechsel 2002

Als ein Meilenstein in der politischen Geschichte Kenias kann die Wahl 2002 gesehen werden. Sie brachte den Machtwechsel und damit das Ende der Moi-Ära und der 40-jährigen Herrschaft von Kanu. Von einem „Erdrutsch-Sieg“ zu sprechen, ist allerdings etwas irreführend, denn die Gesamtheit der Stimmen der neu formierten Koalitionspartei NARC lag kaum höher als die Stimmen der Oppositionsparteien von 1997. Doch errang NARC mit 57% der Sitze fast doppelt so viele wie die nun oppositionelle KANU, was ein leichtes Regieren versprechen sollte.

Vorangegangen war eine fast dramatische Entwicklung, die im Oktober 2002 schließlich zur Bildung der Koalitionspartei NARC und damit zur Voraussetzung des Wahlsieges der vereinten Opposition geführt hatte. In einer ersten Stufe war es nach langen Verhandlungen im Februar 2002 gelungen, den größten Teil der Oppositionsparteien zur Gründung einer Koalitionspartei zu bewegen: Der **National Alliance (Party) of Kenya – NAK**. Die wichtigsten Parteien, die NAK auf den Weg brachten, waren DP, FORD-K und die National Democratic Party of Kenya – NPK - unter Charity Ngilu (*siehe Gerd Bossen: Nach der Wahl, KAS-Auslandsjournal, Januar 2003*). Möglich war die Einigung nicht zuletzt dadurch, dass man sich auf ein Team einigte mit Kibaki (DP) als Präsidentschaftskandidaten, Michael Wamalwa (FORD-K) als Vize und Charity Ngilu (NPK) für das neu zu schaffende Amt einer Ministerpräsidentin.

Die Kanu-Regierung handelte schon vorher: Bereits im August 2001 gelang es Präsident Moi, Raila Odinga mit seiner NDP auf die Seite der Regierung zu bringen - unter der Versprechung, ihn zum Vizepräsidenten und damit seinem Nachfolger zu ernennen. Doch Moi, der nach zwei Wahlperioden unter dem neuen Wahlgesetz selbst nicht mehr kandidieren durfte, überlegte es sich später wieder anders und unterstützte ab Mitte 2002 den Sohn des ersten Präsidenten, Uhuru Kenyatta, zur Wahl als Spitzenkandidat der KANU. Raila Odinga entschied sich nur wenige Wochen vor der Wahl aus der Regierung wieder auszuscheren. Aber nicht nur er alleine, sondern im Schlepptau eine große Anzahl so genannter „Kanu-Rebellen“. Darunter befanden sich allerdings nicht wenige ehemaliger „Falken“ von KANU, die in den ersten Jahren nach der politischen Öffnung Kenias genau diese am liebsten wieder rückgängig gemacht hätten.

Der Übertritt von Raila und den weiteren Kanu-Abgeordneten zur Koalition der Oppositionsparteien war indes entscheidend für die Bildung von NARC und nach jahrelangem Bemühen gelang endlich der Zusammenschluss der wichtigsten Oppositionsparteien zu einer gemeinsamen Partei, der „**National Alliance of Rainbow Coalition**“: **NARC**. - Und so bunt wie ein Regenbogen war dann auch deren politische Zusammensetzung.

Damit war im Kern bereits das Konfliktpotential angelegt, denn schon bald nach der Wahl begannen sich Differenzen zu zeigen. Schon bei der Bildung seines Kabinetts zeigte Präsident Kibaki, dass er nicht bereit war, den Inhalt des „Memorandum of Understanding – MoU“ zu erfüllen, eigentlich der Grundlage des Zusammenschlusses. Statt wie vereinbart, die Kabinettsposten entsprechend dem Anteil der Partnerparteien zu vergeben, bevorzugte er eindeutig die Kikuyus und die ihr nahe stehenden Meru. Der wichtigste Punkt, an dem sich die Geister in den Verhandlungen schieden, war indes das Versprechen von Kibaki, die seit langem geforderte neue Verfassung einzuführen.

Die Verfassungsfrage und ihre Folgen für die Parteienentwicklung in Kenia

Schon in den Jahren vor der Wahl 1997 entwickelte sich die Verfassungsfrage in Kenia zu einem zentralen politischen Anliegen und sie wurde zum Gegenstand einer breiten politischen Bewusstseinsbildung. Die ursprüngliche Verfassung Kenias wurde in London – Lancaster-House beschlossen. Der erste Präsident Kenyatta veränderte sie indes schon bald von einer parlamentarischen in eine präsidentiale Verfassung, löste die zweite Kammer – den Senat – auf und schaffte die Selbständigkeit von Provinzen und Distrikten ab. Moi schaffte mit dem District Focus ein Instrument, um die Verwaltung kontrollieren zu können und schuf 1982 mit der Einführung des Artikels 2 a die Grundlagen zu einem Einparteien-Staat. KANU wurde in der Folge zum Machtinstrument ausgebaut. 1991, auch nach der Streichung des Artikels 2 a, blieb eine Verfassung zurück, die den Anforderungen an eine parlamentarische Demokratie und einen Staat mit dezentralen Strukturen bei weitem nicht genügt.

In seiner Einführungsrede versprach daher Kibaki, innerhalb von 100 Tagen einen Entwurf zu einer neuen Verfassung vorzulegen und setzte auch Anfang 2003 eine Kommission unter Professor Yash Pal Ghai ein. Doch erst nach zwei Jahren konnte ein Ergebnis vorgestellt werden – der Bomas-Entwurf („The Bomas-Draft“, benannt nach dem Ort der Beratungen, vor den Toren Nairobis gelegen).

Dieser wurde vom Parlament aber abgelehnt. Schließlich arbeitete eine Parlamentskommission an der Formulierung der strittigsten Punkte: Der Machtumfang des Präsidenten, dem Amt eines Ministerpräsidenten mit exekutiver

Gewalt, Wiedereinrichtung eines Senats, Delegation staatlicher Macht auf dezentrale Strukturen und die Landfrage. Unter dem Vorsitz von Generalstaatsanwalt Amos Wako wurde eine letzte Überarbeitung vorgenommen. Doch was dabei heraus kam, entsprach weder im Geist noch dem Sinn nach dem, was mit dem „Bomas-Entwurf“ entstanden war. Im Wako-Entwurf war die Selbständigkeit des Ministerpräsidenten stark beschnitten, Regierungschef blieb der Präsident, und die Dezentralisierung war im Ansatz missraten. Es blieb letztlich bei der Verfassung eines zentralen Staates mit Präsidentialer Dominanz.

Die letzte Entscheidung sollte dem Wähler in einem Referendum überlassen werden. Die Befürworter des geänderten Entwurfs – zum einfacheren Verständnis für die Wähler mit dem Symbol einer „**Banane**“ gekennzeichnet – gerieten schon mit Beginn der Abstimmungskampagne unter Druck. Vor allem zeigte es sich, dass ihre regionale Verteilung auf die Zentralprovinz konzentriert war. Die Gegner – mit dem Symbol der „**Orange**“ versehen – setzten ihre Kritik vor allem an den zwei oben erwähnten Punkten an: Die Stellung des Präsidenten und die Dezentralisierung staatlicher Macht.

Schon mit Beginn der Kampagnen stellte sich Raila Odinga mit seiner LDP klar auf die Seite von „No/Orange“ und zeigte damit, dass er aus der Koalition mit NARC ausgesichert war. Unter seiner Führung bildete sich das „Orange Democratic Movement – ODM“, eine politische Bewegung, denen sich dann unter anderen die KANU anschloss.

Am 21. November 2005 waren die wahlberechtigten Kenianer aufgerufen, darüber abzustimmen, ob der vorgelegte Entwurf zu einer neuen Verfassung angenommen wird oder nicht. Das Urteil der Wähler war eindeutig. Die Vorlage wurde mit 57% der Wählerstimmen abgelehnt. Lediglich in einer von acht Provinzen – in Central, die von den Kikuyus bewohnt wird – gab es eine klare Zustimmung. Schlimmer noch: Kibakis Gegenspieler, allen voran Raila Odinga, der sich des Amtes des Regierungschefs sicher war, stilisierten die Volksabstimmung zu einer Abstimmung über seine unzureichenden Politik der ersten drei Regierungsjahre hoch.

Kibaki sah sich genötigt, mit drastischen Maßnahmen zu reagieren. Einen Tag nach der Abstimmungsniederlage entließ er als erstes das gesamte Kabinett und einen Tag später schloss er das Parlament. Anfang Dezember 2005 stellte er ein neues Kabinett vor, das „Government of National Union“ – GNU. In ihm war kein einziger Gegner des Verfassungsentwurfs mehr zu finden.

Die Kampagnen um das Referendum blieben nicht folgenlos. ODM kündigte an, ihre Bewegung als Partei registrieren zu lassen, was im September 2006 unter dem Namen „**ODM-Kenya**“ schließlich gelang.

Durch die Entstehung von ODM, der große Aufmerksamkeit in den Medien gewidmet war, sahen sich auch die der Regierung nahe stehenden Abgeordneten gezwungen, zu reagieren. Im Februar 2006 wurde beschlossen, eine neue Partei zu gründen. Hauptmotiv, nicht einfach die bisherige DP aufleben zu lassen, war, eine Partei ins Leben zu rufen, die für Mitglieder möglichst aller Ethnien Kenias wählbar schien. So entstand „**NARC-Kenya**“.

Ausblick auf die Wahlen 2007

Zum Zeitpunkt der Abfassung des Berichts (Ende Juni 2007) waren beim Registrar of Societies insgesamt 102 Parteien eingetragen, die Mehrzahl davon sind indes nur sog. „Briefcase-Parties“. Oft gibt es außer einer P.O.Box keine physische Adresse, Kontakte sind nur über ein Mobiltelefon möglich. Diese Parteien spielen in der

öffentlichen Diskussion und in den Medien keine große Rolle. Auch wenn es sich bei einigen von ihnen lohnen würde, einen genaueren Blick darauf zu werfen, vor allem auf die Gründe ihrer Entstehung, können sie im Rahmen dieses Berichtes nicht weiter berücksichtigt werden.

Neben NARC-K und ODM-K sollen aber zumindest noch FORD-Kenya und NPK beachtet werden, die beiden Parteien, die als Partner in NARC verblieben sind. Wohin FORD-K gehen will, ist indes ebenso unklar wie die Pläne von Gesundheitsministerin Ngilu, die als Vorsitzende am Fortbestand von NARC festhält wie auch ihre eigentliche Partei, die NPK, vertreten muss. Beide Parteien sind im Kabinett vertreten, aber Charity Ngilu ändert ihre Meinung mindestens einmal in der Woche, ob sie sich ODM anschließen oder im Kabinett verbleiben soll.

Bei KANU war der Generalsekretär, William Ruto, schon sehr früh entschlossen, die gesamte Partei in ODM einzubringen, beim Vorsitzenden Uhuru Kenyatta brauchte es etwas mehr Zeit, bis er sich seinem General anschließen konnte. Dies führte letztlich zur Spaltung von KANU und diese ehemalige Staatspartei hat damit ihre Bedeutung als dritte Kraft im Lande verloren.

Nach den Umfragewerten liegt ODM-K derzeit mit ca. 40% deutlich vorne, gegen nur gut 25% für NARC-K. Doch ist zum einen noch offen, auf welche Seite sich die immerhin noch 14% der Wähler stellen werden, die angeben NARC – also die Noch-Regierungspartei – wählen zu wollen. - Vor allem ist in der Zeit bis zu den Wahlen noch mit viel Dynamik zu rechnen.

In der Perspektive der gegenwärtigen Zweiteilung der Parteienlandschaft Kenias könnte durchaus die Chance liegen, ethnische Gegensätze zu überbrücken. Doch gibt es genug Momente, die diese Beurteilung als verfrüht erscheinen lassen.

Bei ODM-K wird sich erweisen, ob die Partei zusammenhält, wenn einmal ein Spitzenkandidat gewählt ist. Denn schon zeigen sich Risse, auch wenn alle Kandidaten versichern, jeden anderen zu unterstützen, wenn sie nicht selbst aufgestellt werden. Bereits im Kampf um die Nominierung des Präsidentschaftskandidat brechen alte Konflikte wieder auf.

Auch bei NARC-K sieht die Realität nicht so geschlossen aus, wie die Partei es vormachen will. Im Kern ist es die ehemalige Democratic Party mit dem Schwerpunkt Central und Teilen von Eastern, verstärkt allerdings durch Abgeordnete aus allen anderen Provinzen mit Schwerpunkt Nord-Osten und Küste. Am Viktoriasee hat diese Partei wenig Aussichten auf einen Sitz und auch im Rift Valley oder Western wird sie sich schwer tun. Sie hat zwei Klammern, die sie zusammen hält: Die Möglichkeit der Regierung, politische Treue mit wohl dotierten Funktionen zu belohnen – und einen gemeinsamen Gegner: ODM-K, die es gilt, von der Machtübernahme fernzuhalten. Doch ging eine Rechnung nicht auf: Die Democratic Party selbst besteht auch weiterhin und ist dabei, wieder frühere Anhänger um sich zu scharen. NARC-K könnte allerdings bei einer Aufspaltung von ODM-K der Gewinner sein und zumindest einen Teil der Anhänger auf ihre Seite ziehen.

NARC-K wie ODM-K haben vor allem noch ein Problem, das sie bislang daran hindert hat, ihre parteiinternen Wahlen abzuhalten: Diese Parteien bestehen in ihrer Anhängerschaft in erster Linie aus Abgeordneten, die als Mitglieder von NARC ins Parlament gewählt wurden. Mit einem Übertritt von NARC zu irgend einer anderen Partei aber geht der Sitz im Parlament verloren und es sind Nachwahlen erforderlich. Doch hat das Gesetz hier eine Lücke gelassen: Der Parteiübertritt ist erst dann rechtlich wirksam, wenn dem Parlamentspräsidenten eine schriftliche Erklärung

vorliegt. NARC-K hat inzwischen ihre „Grassroot-Elections“ durchgeführt und selbst bei der Wahl zum Vorsitzenden der Partei im Wahlkreis sah sich niemand veranlasst, Nachwahlen zu verlangen.

Viel Spannung liegt derzeit noch im Nominierungsprozess, der den Parlamentswahlen vorgelagert ist. Hier zeigt sich, dass die Führungen aller Parteien Probleme im Umgang mit Konkurrenten und Nachwuchskräften haben. Wer zur Abstimmung zugelassen wird, bleibt genauso unklar wie das Nominierungsverfahren selbst.

Die eigentliche Schlüsselfrage ist die Aufstellung des Präsidentschaftskandidaten: Während sich bei ODM-K gleich acht Politiker diesen Platz streitig machen, hat NARC-K gar keinen Spitzenkandidaten. Sie unterstützt zwar die Wiederwahl Kibakis – doch hat dieser sich bislang noch nicht dazu geäußert, ob er sich von NARC-K auch als Kandidat aufstellen lässt. Denn auch wenn er sich - einmal wieder gewählt - seine Mannschaft aus verschiedenen Parteien zusammenstellen kann, nur 25% der Stimmen für eine Partei, die zu ihm steht, sind zu wenig, um damit regieren zu können. Führende NARC-K Politiker – so Vizepräsident Moody Awori - rufen schon wieder nach einer Koalition. Diesmal nicht nur mit FORD-K, es wird namentlich auch FORD-P erwähnt, die bislang noch gar nicht in NARC vertreten waren. Offensichtlich scheint die NPK ein zu wackliger Partner zu sein. Vor allem wäre noch ein Problem zu lösen: Die Vorsitzende von NPK – und gleichzeitig von NARC, Charity Ngilu, will sich selbst als Präsidentschaftskandidatin aufstellen lassen.

Der Kampf ums Präsidentenamt

Für die Wahl in das Amt des Präsidenten sind die Vorhersagen schon viel klarer, auch wenn es ODM-K nicht wahr haben will. Kibaki ist derzeit dabei, trotz Kritik an den Leistungen der Regierung, immer bessere Werte zu erreichen. Lag er zu Beginn 2006 noch bei rund 20 Prozent, so erreichte die Zustimmung zu ihm nach neuesten Umfrageergebnissen vom März 2007 zwischen 45 und knapp 60 Prozent. Dabei wendet er eine Strategie an, bei der er sich aus der aktuellen Parteipolitik wie sonstigen Konflikten möglichst herauszuhält. (Siehe Sunday Nation, 29. Oktober 2006: ***Party Politics not Kibaki's Style***).

Seit seinem Amtsantritt 2002 hat das Land durchaus Fortschritte gemacht. Die Meinungs- und Pressefreiheit ist in Kenia als einem der wenigen Länder Afrikas im Grunde garantiert – mit Ausnahme von Zwischenfällen -, die Arbeit politischer Parteien wird nicht behindert. Der Grundschulbesuch ist kostenfrei und die Wirtschaft konnte seit 2003 die Wachstumsraten steigern: Zuletzt nahm das BIP 2006 um 6,1 % zu, nachdem es 2005 schon 5,8% erreicht hatte, fast 500.000 Arbeitsplätze wurden im vergangenen Jahr neu geschaffen. Und nebenbei wurde auch die Infektionsrate von AIDS-Kranken von 14% auf knapp 7 % gesenkt. - Das Vertrauen in seine Regierung ist durchaus vorhanden.

Doch wäre es ein Trugschluss, die Wahlen für Kibaki bereits jetzt als gewonnen anzusehen. Vom Wirtschaftswachstum haben die ärmeren Einkommenschichten und die Bevölkerung in den abseits von Nairobi gelegenen Regionen noch nichts gespürt. Von den 500.000 neuen Arbeitsplätzen sind nur 50.000 im modernen Sektor entstanden, der Rest im informellen Sektor. Das sind keine dauerhaften Arbeitsplätze. Das Staatsdefizit wächst etwa im gleichen Tempo wie das Handelsdefizit, die Inflationsrate lag im vergangenen Jahr bei 14%. – Vor allem: Die Erwartung an Kibaki und seine Regierung waren hoch – und entsprechend tief sitzt bei vielen immer noch die Enttäuschung. Umfragen bestätigen, dass zwischen 50

und 60 % der Abgeordneten damit rechnen müssen, nicht wieder gewählt zu werden. Und das dürfte Abgeordnete aller Parteien betreffen. Auch sollten die kleinen Parteien, die derzeit mit nur einem oder zwei Abgeordneten im Parlament vertreten sind, nicht ganz außer Acht gelassen werden. Bei dem hohen Grad an Unzufriedenheit, auch an Orientierungslosigkeit aufgrund des ständigen Wechsels in der Parteienlandschaft, könnten sie einen hohen Anteil der Wähler gewinnen.

Kibaki hat sich selbst um einen Teil seiner Verdienste gebracht hat. Er hat den Kampf gegen Korruption großartig angekündigt, doch hat sich dieses Krebsgeschwür eher weiter verbreitet. Enge Vertraute von ihm mussten Kabinettsposten räumen, weil sie unter dem Vorwurf der Korruption standen. Doch solange selbst überführte Beschuldigte nicht nur straffrei ausgehen und mit dem unrechtmäßig erworbenen Geld auch noch Wahlkämpfe finanzieren dürfen, wie der Hauptbeschuldigte am Goldenberg-Skandal der 90-er Jahre, Kamlesh Pattni, ist nicht zu erwarten, dass sich hier ein grundlegender Wandel einstellt.

Auch bedauerliche Zwischenfälle, die die Presse- und Meinungsfreiheit beschränken, sind zu verzeichnen. So stürmte Ende Februar 2006 die Polizei eine Redaktion eines des größten Medienunternehmens in Kenia ohne dass ein konkreter Verdacht vorgebracht oder ein Durchsuchungsbefehl vorgelegt wurde. Der zuständige Minister Michuki bestätigte danach mehrfach, dass er die Aktion jederzeit wiederholen lassen kann. - Der Informationsminister bereitet zur Zeit ein neues Pressegesetz vor, in dem mit der Pressefreiheit „verantwortungsvoller“ umgegangen werden soll. – Im November und Dezember 2006 wurden Demonstrationen von ODM-K verboten, und, als dies nicht befolgt wurde, die Demonstranten mit Tränengas und Knüppel behandelt. – Schließlich ist auch bemerkenswert, wie die Regierung ihren Staatsapparat einsetzte, als Ende Juli 2006 die Nachwahlen in fünf Wahlkreisen notwendig geworden waren. Drei davon wurden von NARC-K gewonnen. Nicht nur der Einsatz von Kibaki für einen der Kandidaten spielte dabei eine Rolle. Auch der gesamte Apparat der Öffentlichen Verwaltung wurde zu Gunsten von NARC-K eingesetzt. Der Vorsitzende der kenianischen Wahlkommission, Kivuthu, hat diese Wahlen als eindeutig „nicht frei und fair“ bezeichnet.

Dazu kommen wachsende Probleme mit der inneren Sicherheit. Nicht nur ethnische Konflikte schwelen in einzelnen Landesteilen weiter, mehr noch verbreitet eine kriminelle Vereinigung, die sich „Mungiki-Sekte“ nennt, vor allem in Nairobi und der Zentralprovinz Angst und Schrecken unter den Kikuyus.

Bei seiner jüngsten Kabinettsumbildung im November 2006 hat Präsident Kibaki deutlich gemacht, wie er die Wahlen Ende des Jahres gewinnen will. Er hat ehemalige Minister wieder ins Kabinett geholt, die vor einem knappen Jahr wegen Korruptionsvorwürfen ihren Platz räumen mussten. Im Fall des früheren Vizepräsidenten unter Moi, George Saitoti, zeigte er, was er von Rechtsstaatlichkeit hält: Ein schwebendes Gerichtsverfahren wegen früherer Korruptionsvorwürfen wurde einfach vom Generalstaatsanwalt Wako außer Kraft gesetzt.

Abschließende Wertung

Da Kenia ein Staat mit präsidentialer Grundordnung bleibt, spielen Parteien und Parlament nur eine nachgeordnete Rolle. So ist es verständlich, dass das Hauptaugenmerk nicht nur der Medien auf die Frage gerichtet ist, wer die besten Aussichten auf das Amt des Präsidenten bei der nächsten Wahl hat. Aussagen zu politischen Entscheidungen, die die Zukunft des Landes betreffen, spielen in der

Presse ebenso wenig eine Rolle wie in der Darstellung der Parteien gegenüber ihren Wählern.

Sollte Kibaki die erforderliche einfache Mehrheit erlangen, dazu die geforderten mindestens 25% in fünf Provinzen, kann er sich ein Kabinett nach Belieben zusammenstellen - so wie im Dezember 2005 auch geschehen - und dies dann wieder als „Government of the National Union“ (GNU) bezeichnen.

Vom Parlament selbst kommen zur Zeit keine Gegenoffensiven. Die Abgeordneten Kenias sind die in Afrika bestbezahlten, gehören auch weltweit zur Einkommensspitze, aber von ihrem Einsatz ist in den Medien wenig zu spüren. Wie ernst die Abgeordneten ihre Arbeit im Parlament nehmen, zeigt die Bilanz am Jahresende: Gerade mal 30 Gesetzentwürfe wurden im Parlament diskutiert, verabschiedet wurde wenig mehr als die Hälfte!

Die Geschichte seit 1992 zeigt, dass sich Parteien in Kenia zusehends von ihren ursprünglichen Zielen weg zu Wahlvereinen hin entwickelt haben. Dabei sind ethnische Gesichtspunkte nicht das eigentliche Übel. Diese werden von einzelnen Politikern lediglich instrumentalisiert, um ihr Klientel zu sichern. Parteien in Kenia sind Organisationen, die vor allem einen Zweck haben: Ihren Anführern die notwendigen Stimmen zum Einzug ins Parlament (oder Kabinett) zu besorgen. Sie befinden sich gewissermaßen im „Besitz“ von einzelnen Führungspersonlichkeiten, die auch die Mitgliedschaft kontrollieren, vor allem wenn es um Wahlen geht. Und diese Kontrolle zieht sich auf allen Ebenen durch.

Politische Parteien in diesem Land haben keine Mitgliedsverzeichnisse, Mitgliederkarten werden, wenn überhaupt existent, von den Abgeordneten für ihre Anhänger gekauft, und nicht wenige Kenianer finden es als völlig normal, gleich in zwei oder drei Parteien Mitglied zu sein. Die kenianischen Wähler erwarten von ihrer Partei, oder besser von ihrem Abgeordneten, dass es für sie in materieller Hinsicht direkte Vorteile bringt.

Die interne Parteidynamik ist gekennzeichnet durch:

- Beschäftigung in erster Linie mit der Frage der Führerschaft, statt über inhaltliche Programmatik oder etwa die Verbindung zu anderen Parteien nachzudenken
- Fehlen von Offenheit, demokratischer Entscheidungsfindung und finanzieller Rechenschaftspflicht
- Die Führungsebene der Parteien ist fast ausschließlich damit beschäftigt, ihre Position abzusichern. Jede Bemühung um Reformen werden argwöhnisch beobachtet, ob sie nicht die eigene Stellung in Gefahr bringen könnte
- Autoritärer Führungsstil. Er demonstriert nicht mehr als die Tatsache, dass der Autoritarismus die in Kenia lange vorherrschende politische Kultur war – und noch ist

(nach: Walter Oyugi, *Ethnic Relations and the Democratization Process in Kenya*, 1997)

Es gibt immer noch kein Parteiengesetz, auch wenn ein Entwurf vorliegt. Vorerst werden Parteien nach dem Vereinsrecht registriert und behandelt. - Die Finanzierung der Parteien kommt außer von den Abgeordneten selbst von Gönnern, auch Unternehmern, was aber nie in der Öffentlichkeit erscheint. Zwar schreibt der

Societies Act die Vorlage eines Finanzplanes vor, aus der die Herkunft der Eigenmittel ersichtlich ist, doch hat sich noch keine Partei dieser Mühe unterzogen. Und es zeigt sich, je näher die Wahlen rücken, dass der Wahlkampf aus reichlich fließenden Quellen finanziert wird, deren Ursprung im Verborgenen bleibt. - Und es wächst der Einfluss derjenigen, die noch bis 1992 gegen eine demokratische Öffnung gekämpft hatten. Denn schon jetzt befinden sich in den Reihen von NARC-K, wie auch bei ODM-K, nicht wenige Vertreter der früheren Moi-Administration. Darunter auch solche, die bis 1997 noch für die Verfolgung politisch anders Denkender zuständig waren.

Doch reicht es nicht aus, daran Kritik zu üben. Hier soll versucht werden, die Ursachen genauer nachzuzeichnen:

Die Entwicklung der politischen Parteien in Kenia wie in Afrika ist noch sehr jung, eine Ideengeschichte vergleichbar mit der europäischen hat es nicht gegeben, das Denken in Klassen oder schichtspezifischen Unterschieden spielt in Kenia kaum eine Rolle. Das wichtigste Moment ist, dass selbst vorhandene schichtspezifische Unterschiede durch das Clandanken überlagert werden. *„Für Afrikaner war und bleibt bis heute die Einbindung in unterschiedliche weite und dichte Verwandtschaftsnetze – Familie, Clan, Stämme und Völker - wichtiger als die Zugehörigkeit zu einer politischen Organisationseinheit, ob Partei oder Staat“.* (Franz Nuscheler, Politische Geschichte Afrikas, in: Afrika zwischen Agonie und Aufbruch). Daher ist verständlich, dass die ethnischen Trennlinien die wichtigste Funktion im politischen Diskurs haben. Dies sind für Kenianer die eher vertrauten Strukturen. Die Erfahrung hat auch gelehrt, dass es die maßgeblichen Faktoren sind, die festlegen, ob ein Abgeordneter politischen Einfluss hat – oder davon ausgeschlossen ist.

Historisch gesehen war die Entstehung von Parteien in Kenia durch zwei Ereignisse geprägt: Der Kampf um Unabhängigkeit in den 50-ern, die zur Gründung der ersten Parteien, der KANU und der inzwischen fast vergessenen KADU führte, und der Kampf um eine demokratische Öffnung in den 80-er und 90-er Jahren, der die Voraussetzung für die Entstehung der jetzigen Parteien geschaffen hat. Beide Male war ein gemeinsamer Feind ausgemacht: Zuerst waren es die Briten, die, wenn schon nicht aus dem Land, so zumindest von der Macht vertrieben werden sollten, und beim zweiten Mal war es die durch Präsident Moi personifizierte Diktatur, die beseitigt werden musste. Leitmotiv war: „Moi must go!“

Nach Erreichung der politischen Ziele hatten sich die Konfliktlinien wieder aufgelöst. Im Mittelpunkt stand dann nur noch der Kampf um die politische Macht weniger Führungspersonlichkeiten, und diese bedeutet in Afrika, Zugang zu den knappen staatlichen Ressourcen zu haben. Untersuchungen z.B. der Steadman-Group in Kenia haben ergeben, dass die Liste der reichsten Kenianer fast identisch ist mit der Liste der führenden Politiker.

Diese Faktoren und die noch junge Parteigeschichte Kenias lassen es somit als nicht verwunderlich erscheinen, dass Parteien in Kenia noch wenig institutionalisiert sind. Aber es führt kein Weg daran vorbei, dass sich politische Parteien auch in Kenia verstärkt darum bemühen müssen. Innerparteiliche Strukturen müssen dem demokratischen Prinzip gehorchen, um ein Mindestmaß an Legitimation zu besitzen. Es müssen landesweite Strukturen aufgebaut und Mitgliederverzeichnisse erstellt werden, um sich in der Gesellschaft zu verankern. Vor allem verbauen sich die Parteien selbst ihre eigene Zukunft, wenn sie es nicht zulassen, neue und motivierte Mitglieder aufzunehmen.

Der zweite Schritt ist, sich inhaltlich zu positionieren. In den letzten Umfragen wird deutlich, dass die Wähler durchaus erwarten, von den Parteien und ihren Kandidaten zu erfahren, wie sie sich die künftige Entwicklung Kenias vorstellen, wie Arbeitsplätze entstehen sollen, wie der Jugend eine Perspektive angeboten werden kann, wie die Selbständigkeit der Gebietskörperschaften gestärkt und wie die Verwendung öffentlicher Finanzen wirkungsvoller kontrolliert werden kann. Dazu war aber von den Abgeordneten bislang wenig zu erfahren. Auch die Partei-Manifeste geben dazu nicht viel Konkretes her.

Arbeit der politischen Stiftungen

Für politische Stiftungen ist das Aufgabenfeld durch diese Entwicklung eher gewachsen. Die Parteien müssen in ihren Bemühungen um Institutionalisierung unterstützt werden. Ohne demokratische Institutionen gibt es auch in Afrika nicht die notwendigen Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum (*siehe: Rudolf Dolzer: Good Governance; Konferenzpapier der KAS vom 21. November 2006*). Dazu gehört allerdings auch, dass innerhalb der politischen Parteien zumindest einen innovativen Teil gibt, dem diese Bedeutung bewusst ist und Reformen auch von der Führungsebene der Parteien gewollt sind.

Doch reicht die Institutionalisierung nicht aus. Die Parteien müssen bereit und in der Lage sein, ihren Wählern vermitteln zu können, für welche Inhalte sie stehen. Die Antworten auf die wichtigsten Fragen im Land müssen von den Parteien gegeben werden. Solange diese nicht bereit dazu sind und Gesetzesinitiativen, wenn überhaupt, vom Präsidentenamt kommen, werden auch die Wähler keine Gelegenheit haben, sich der eigentlichen Bedeutung von Parteien bewusst zu werden.

Ethnizität ist in Kenia ein Faktor, der Entwicklung behindert, solange sie benutzt wird, um an der Macht beteiligt zu werden. Es wäre illusorisch, sie aus dem politischen Denken der Kenianer wie der Afrikaner verbannen zu wollen. Es muss eher gelingen, sie nutzbar für den fairen politischen Wettbewerb zu machen und als treibende Kraft hinter die wirtschaftliche wie kulturelle Entwicklung einsetzen zu können. Durch wirkungsvolle Dezentralisierung könnte dies teilweise durchaus gelingen, denn so vermindert sich zumindest der Eindruck, politische Entscheidungen werden nur in Nairobi gefällt, der Einfluss der lokalen Führer ist nur gegeben, wenn sie auch dort präsent sind. Damit und durch eine wirtschaftliche Entwicklung, die auf das gesamte Land ausstrahlt, könnte es möglich sein, den hemmenden Einfluss der Ethnizität im Demokratisierungsprozess zurückzudrängen.

Schließlich spielt die Zivilgesellschaft für die politische Entwicklung weiter eine unverzichtbare Rolle, auch wenn es in Kenia schwierig ist, tatsächlich an Veränderungen orientierte Gruppen von pseudo-demokratischen Organisationen zu unterscheiden. Ohne die Herausforderung der Parteien durch die Zivilgesellschaft entsteht bei Parteien eine Eigendynamik, die sie weg von Institutionen führt, die Interessenvertretungen der Bürger sein sollten.

Die wichtigste Voraussetzung für eine positive Wende ist nach wie vor die Reform der Verfassung, vor allem einer Relativierung der Stellung des Präsidenten zugunsten einer stärkeren Rolle des Parlamentes und der Parteien. Hier bleibt für die Stiftungen noch viel zu tun.

Anhang:

1. Politische Parteien in Kenia

- **NARC:** National Alliance of Rainbow Coalition. Zur Zeit noch offizielle Regierungspartei. Im Grunde eine Koalition aus ursprünglich 15, jetzt noch 14 Parteien, von denen die meisten unter ihrem Namen weiterbestehen. Die wichtigsten: DP, FORD-K, NPK
- **NARC-Kenya:** National Alliance of Rainbow Coalition – Kenya. Registriert im März 2006. Will den Kern der ehemaligen Kibaki-Partei DP mit Angehörigen anderer Ethnien verbinden. Beansprucht, eine nicht-tribalistische Partei zu sein
- **ODM-K:** Orange Democratic Mouvement – Kenya. ODM entstand im Zuge der Kampagne gegen den vorgelegten Verfassungsentwurf im November 2005. ODM-K als Partei wurde im September 2006 registriert. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels konnte von mindestens fünf aussichtsreichen Kandidaten – Raila Odinga, Musyoka Kalonzo, William Ruto, Uhuru Kenyatta und Musalia Mudavadi – noch kein gemeinsamer Kandidat für das Präsidentenamt gefunden werden.
- **KANU:** Kenya National Union, schon vor der Unabhängigkeit von Kenyatta und anderen gegründet, unter seiner Herrschaft von Kikuyus dominiert. Nach seinem Tod und der Übernahme durch Präsident Moi wandelte sie sich zur Staatspartei und wurde, von den Kalenjin beherrscht, zum Machtinstrument Moi's aufgebaut. Seit dem Regimewechsel 2002 unter dem Vorsitzenden Uhuru Kenyatta nur noch ein Rest der ehemaligen Staatspartei, in sich gespalten, mit zeitweise zwei Vorsitzenden – Kenyatta und Biwott (bis Juni 2007)
- **LDP:** Liberal Democratic Party: Die Partei von Raila Odinga und den Luos, die am Viktoriasee beheimatet sind.- Trotz des Namens keine liberale Partei.
- **DP:** Democratic Party, von Präsident Kibaki gegründet. Existiert noch als selbständige Partei, allerdings nur noch mit einem Teil der ehemaligen Mitglieder und Abgeordneten. Außer von Kikuyus und den ihnen verwandten Embus und Merus auch in Nairobi, an der Küste und Teilen Nyanzas gewählt
- **FORD-Kenya:** Rest der als Opposition einflussreichsten Partei in den Jahren 1991 bis 1997. Im Wesentlichen nur noch eine Interessenvertretung der Luhyas aus dem Westen Kenias unter Musikari Kombo, der im Dezember 2006 als Vorsitzender bestätigt wurde
- **FORD-People:** Unter der Führung von Nyachae die Partei der Gusii in der Provinz Nyanza. Nicht Teil von NARC, aber im Government of National Unity durch Nyachae vertreten
- **FORD-A, SAFINA, Sisi kwa Sisi:** Weitere im Parlament vertretene Parteien mit jeweils einem bis zwei Abgeordneten.

2. Wichtige Personen in der Politik Kenias

- **Mwai Kibaki**
 - o Seit Januar 2003 Präsident Kenias. Zuvor Vorsitzender der Democratic Party. – Unter Präsident Moi zuerst Vizepräsident und Finanz-, dann nur noch Gesundheitsminister. Im Februar 1992 begann er die Democratic Party als Alternative zu FORD als Oppositionspartei in erster Linie für das Kikuyu Klientel aufzubauen. 2002 wurde er als Spitzenkandidat der neu geformten Koalition aus Oppositionsparteien gewählt, was schließlich zu seiner Wahl als Präsident Kenias führte.
- **Daniel T. arap Moi**
 - o Kenianischer Präsident von 1978 bis 2002. Wurde vom ersten Präsidenten Kenyatta zum Vizepräsidenten gemacht als „Belohnung“, um seine Partei KADU aufzugeben. – Moi, ein Vertreter der Kalenjin, versucht auch heute noch die Entwicklung der KANU und im Ruft Valley zu beeinflussen
- **Raila Odinga**
 - o Vorsitzender der Liberal Democratic Party. Von 2002 bis November 2005 Minister für Straßenbau. Kandidat für das im Verfassungsentwurf vorgesehene Amt des Ministerpräsidenten (Prime Minister). Sohn des legendären Oginga Odinga, eines Weggefährten und späteren Gegners von Kenyatta. Raila ist aussichtsreicher Spitzenkandidat der im September 2006 zugelassenen Partei „Orange Democratic Mouvement – Kenya“ (ODM-K)
- **Uhuru Kenyatta**
 - o Noch Vorsitzender von KANU, lange zwischen Eigenständigkeit und Anschluss an ODM-K schwankend. Der Vorsitz wird ihm seit November 2006 von Nicholas Biwott streitig gemacht.
- **Musykia Kalonzo**
 - o Ehemaliger Außenminister unter Moi. Wechselte im Oktober 2002 zusammen mit anderen „Kanu-Rebellen“ zu NARC. Schloss sich im November 2005 ODM an. Nach Umfrageergebnissen ebenfalls aussichtsreicher Kandidat für das Präsidentenamt.
- **Nicholas Biwott**
 - o In den 80-er Jahren im Kabinett Moi zunächst Energieminister, 1990 unter Mordverdacht verhaftet, wieder entlastet und ab 1992 wieder im Kabinett. Biwott wurde in einer umstrittenen Mitgliederversammlung Ende November 2006 zum Vorsitzenden von KANU gewählt, doch wurde diese Wahl inzwischen gerichtlich angefochten.

Nairobi, Juni 2007

Wolfgang Ahner-Tönnis
 Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
 AM Kenia